

Beschlussvorlage

Beschließendes Gremium:
Verwaltungsausschuss

Betrifft:
Gründung einer Klinikum-Lüneburg-GmbH

Beratungsfolge:

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	Ö	17.09.2004	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen
	N	21.09.2004	Verwaltungsausschuss

Sachverhalt:

Die rasanten Entwicklungen im Gesundheitswesen zwingen die Krankenhäuser in immer stärker werdendem Maße, flexible und schnell greifende Lösungen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit zu realisieren. Über Rationalisierungs- und Optimierungsmöglichkeiten vor Ort hinaus ist das Städtische Klinikum Lüneburg schon frühzeitig den Weg gegangen, in Kooperationen mit anderen Gesundheitseinrichtungen (Kliniken, Praxen, Apotheken etc.) die eigene Attraktivität zu erhöhen, das Einzugsgebiet zu erweitern und damit den Standort Lüneburg für eine optimale Patientenversorgung zu sichern. Mit dem Beitritt zum Elbe-Heide-Krankenhaus-Verbund hat das Klinikum neue Herausforderungen zur eigenständigen Existenzsicherung angenommen.

Aus den vielfältigen, heute schon bestehenden Kooperationen und Verflechtungen ist deutlich geworden, dass das Klinikum in seiner klassischen Struktur als Regiebetrieb häufig durch die gegebenen Verfahrensabläufe gehemmt ist, Verhandlungsergebnisse unmittelbar zu akzeptieren und Entscheidungen zügig zu treffen. Insbesondere im Elbe-Heide-Krankenhaus-Verbund wird es für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwingend notwendig sein, entsprechende Entscheidungsstrukturen, wie sie in den anderen Verbundhäusern heute schon gegeben sind, auch für das Städtische Klinikum Lüneburg zu schaffen.

Wesentliche Voraussetzung für eine rechtliche Verselbständigung des Klinikums in einer neuen Unternehmensform ist eine solide und ausreichende Finanzbasis. Dazu gehören insbesondere eine angemessene Ausstattung mit Eigenkapital und mit Barmitteln für die Betriebsführung.

Um den sich zur Zeit abzeichnenden Rahmenbedingungen im Krankenhausbereich angemessen begegnen zu können, ist bei künftigen Gesellschaftsformen ein hohes Maß an Flexibilität notwendig. Aufgrund der derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen wird in Bezug auf diese Flexibilität die Rechtsform der **Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Anhörung/Beteiligung erforderlich:

Ortsrat: _____

Ortsvorsteher/in: _____

Auszüge an folgende Bereiche bzw. Fachbereiche: **9**